

Aktuelle Runde 2008

Moderation: Reiner Braun (Geschäftsführer IALANA)

Hans-Peter Dürr, Physiker, Träger des alternativen Nobelpreises

Zur Geschichte der Militarisierung des Weltraums

SDI – Strategic Defense Initiative, ein Abwehrsystem gegen Atomraketen. Die Bevölkerung soll glauben gemacht werden, es müsse ein Unheil abgewendet werden, dass aber noch gar nicht vorhanden ist.

Ende der 70er herrschte zwischen der Air Force und der Navy ein Streit über die „Second strike Capability“, d.h. Der Fähigkeit nach einem ersten Atomschlag zurück zu schlagen.

Geplant war die Stationierung von Abwehrraketen rund um die Silos der amerikanischen Atomraketen, die auch die eigenen Atomraketen im Weltraum stationieren sollten, um von dort aus jeden Punkt auf der Erde erreichen zu können.

Es ging letztlich um die Herrschaft im erdnahen Weltraum.

Der Bevölkerung wurde weisgemacht, es werde eine Art Schutzschild um die großen Städte errichtet, was eine gezielte Irreführung darstellt.

Edward Teller sagte 1985, das Abwehrsystem funktioniere ausschließlich über Atombomben- ausgelöste Laser, die erst in dem Moment aufsteigen, wo die feindlichen Raketen starten, und sich dann wesentlich schneller im Weltraum positionieren. Diesen Raketen gelänge es, in den ersten drei Minuten die feindlichen Raketen an zu visieren und auch tatsächlich ab zu schießen.

Dafür wäre eine Anlage – auf Booten im indischen Ozean – erforderlich, die diese Raketen durch ein Triggersystem auslösen

Dies hieße laut Hans-Peter Dürr, einer Maschine die Entscheidung über den Ausbruch eines Atomkrieges zu überlassen – ein Wahnsinn.

Dieses System ist aus Kostengründen nicht realisiert worden, und seine Propagierung diene lediglich der Abschreckung und Täuschung des Feindes. Dahinter steht der Gedanke, dass die USA vom erdnahen Weltraum Besitz ergreifen wollen, bevor andere Länder dorthin kommen.

Auch eine Stationierung von Raketen im Iran dient der Ausweitung der amerikanischen Herrschaft im erdnahen Weltraum.

1986, beim Kongress der IPPNW sollte der Weltraum zum waffenfreien Raum erklärt werden, was aber durch die jüngsten Bemühungen der Amerikaner wieder zunichte gemacht wurde und deshalb auch in Zukunft schärfstens beobachtet werden muss.

Wolfgang Schlupp-Hauck, Experte auf dem Gebiet der Raketenabwehr, Vorsitzender der „Friedenswerkstatt Mutlangen“, Mitglied im Beirat des „Global Network Against Nuclear Power in Space“

Zusammen mit dem Global Network against Nuclear Power in Space wurde gegen Cassini (?), eine zivile Weltraummission, die 32 kg Plutonium an Bord hatte, protestiert.

Ein solcher Satellit stellt dann eine Gefahr dar, wenn er auf die Erde zurück stürzt, oder beim Start explodiert. Die Positionierung eines solchen Satelliten hat auch einen militärischen Hintergrund, da in den militärischen Planungen eine Energiequelle gesucht wird, die langlebig ist und dauerhaft für Weltraumwaffen zur Verfügung steht.

1998 fand eine Tagung des Global Network in Colorado Spring statt.

Colorado Springs ist der Sitz der amerikanischen Weltraumkommandos. Dort findet einmal jährlich das „National Space Symposium“ statt, das die hier bekannte Sicherheitskonferenz auf amerikanischer Ebene darstellt. Dort treffen sich Politiker, Weltraum-Militärs und die Vertreter der Industrie-Konsortien, die Weltraum-Hardware herstellen.

Es wurde ein Plan für einen „Space-based Laser“, eine weltraumgestützte Laserwaffe vorgestellt worden.

Der ABM-Vertrag (Anti-Ballistic-Missile-Treaty), der solche Waffen verbietet, würde mit dieser Entwicklung ad absurdum geführt. Auf Nachfrage während der Pressekonferenz antworteten die Entwickler, das sei nur ein „Readiness-Demonstrator“, ein reines Versuchsobjekt, das so klein sei, dass es noch nicht unter den Vertrag falle. Es wurde aber auch deutlich, dass die Bereitschaft da ist, diesen Vertrag zu kündigen.

Noch deutlicher wurde es bei der Veröffentlichung des „Long Range Plan“ durch das US Space Command: die weltweite Beherrschung, um die amerikanischen Interessen zu schützen.

Es fallen Schlagworte wie „Kontrolle des Weltraums“, „Den Gegner überwachen“, die „Ausschaltung von gegnerischen Systemen“, „Die Zugangskontrolle, um selbst gesicherten Zugang zu haben“. Dies widerspricht dem Weltraumvertrag, den die USA in den 60er Jahren bei den Vereinten Nationen unterzeichnet haben. Da wurde der Weltraum als gemeinsames Erbe der Menschheit gesehen, das man gemeinsam friedlich nutzen soll.

Bill Clinton setzte sich während seiner Präsidentschaft dafür ein, dass solche Raketenabwehrsysteme erst dann installiert werden sollten, wenn sie tatsächlich funktionieren. Die Tests waren zu der Zeit nicht sonderlich erfolgreich.

Unter Präsident Bush wurde aus einem „National Missile Defense“ eine weltweite Abwehr auf allen Ebenen – land-, see-, luft- und weltraumgestützt.

Die landgestützten Abwehrraketen sind inzwischen in Alaska und Kalifornien stationiert. Die neuesten Pläne sehen vor, in Polen das Radar und in Tschechien weitere Abwehrraketen zu stationieren.

Von der Uno wurde das Angebot gemacht, den Vertrag zu erweitern, so dass auch andere Länder beitreten könnten.

Mit Präsident Bush wurde demnach die Kündigung des ABM-Vertrages vollzogen, um die Abwehrraketen stationieren zu können.

Die Stationierung in Europa stellt eine neue Gefährdung dar: der INF-Vertrag ist von Aufkündigung bedroht.

Die neuen Stationierungspläne bedrohen das Abrüstungssystem und können eine neue Rüstungsspirale in Gang setzen.

Die landgestützten Systeme dienen als Vorreiter für die Militarisierung des Weltraums. Aus diesem Grund lehnt das Global Network Stationierungen in Europa ab.

General a.D. Dr. Hermann Hagen

Probleme der Raketenverteidigung

Die Behauptung Amerikaner ist, dass derzeit eine tatsächliche Bedrohung vom Iran ausgeht. Bei der Abwehr muss ich wissen, was für Fähigkeiten die Iraner haben. Wenn ich mich gegen Mittel- und Langstreckenraketen wappne und tatsächlich einfache Marschflugkörper mit einem nuklearen Sprengsatz verwendet werden, die auf Höhe von Baumwipfeln mit einer Reichweite von

2000-3000 km fliegen, dann ist meine ganze geplante Abwehr falsch.
Zusätzlich muss ich wissen, von wievielen Raketen ich bedroht werde.

Ein allgemeines Problem eines Raketenabwehrsystems ist die technische Verfügbarkeit im entscheidenden Augenblick.

Es dauerte zwei Monate, bis die „Atlantis“ so weit war, dass sie tatsächlich starten konnte. Raketen sind hochkomplexe technische Systeme. Um die Gesamt-Funktionswahrscheinlichkeit zu berechnen, müssen die einzelnen Funktionswahrscheinlichkeiten berechnet werden – bei 20 Einzelsystemen müssen auch alle 20 funktionieren.

Ein einziges kritisches Ventil, das leck ist, kann den Gesamterfolg in Frage stellen.

D.h. die technische Verfügbarkeit eines solchen Systems *auf Knopfdruck* ist ein fast unlösbares Problem.

Ein weiteres Problem sind die Kosten. Das Verteidigungsbudget ist limitiert; die Bundeswehr hat nicht zu wenig Geld, sie gibt es nur an der falschen Stelle aus. Eine Investition in ein solches System gehört mit Sicherheit dazu.

Erklärte und wahrscheinliche Motive der Stationierung von 10 Raketen in Polen und einem Abwehrradar in Tschechien

Ich kann nur wiederholen, was Prof. Dürr gesagt hat, und was in einer amerikanischen Zeitung zu lesen war, als die Pläne veröffentlicht wurden: „Wer heuchelt am Besten“.

Die Amerikaner behaupten, sie fühlten sich durch die Schurken im Iran bedroht. Ferner behaupten sie, dass Schild richte sich nicht gegen Russland.

Die Polen und Tschechen behaupten, auch sie fühlten sich durch die Iraner bedroht.

Russland behauptet, sie sähen ihre Sicherheit bedroht – sicher nicht durch die zehn Abwehrraketen. Vielleicht eher durch das Radar, das weit nach Russland hinein reicht.

Die Deutschen reagieren meiner Meinung nach katastrophal – sie sagen: wenn ein solches System da ist, dann darf es nicht nur Polen und Tschechien schützen, sondern dann muss es ganz Europa schützen und wir wollen uns daran beteiligen. Wenn wir uns beteiligen wollen, dann werden wir dafür zahlen. Und: wir haben das Geld dafür nicht. Wir sind nicht einmal in der Lage, unsere bestehenden taktischen Raketenabwehrverbände zu modernisieren.

Die wahrscheinlichen Motive liegen darin, dass die Raketenabwehr ein wichtiges Element bei der Kontrolle und Militarisierung des Weltraums ist, wahrscheinlich eines der entscheidenden.

Man braucht Frühwarn-Satelliten für die Raketenabwehr.

Die Gefahren, die aus der weiteren Verfolgung dieser Pläne resultieren liegen in der Militarisierung des gesamten Weltraumes.

In den 60er Jahren, als die Verträge des „Outer Space Treaty“, also des nahen Weltraums, abgeschlossen wurden, wurde in der Präambel durch die UNO festgehalten, dass der Weltraum der friedlichen Nutzung für alle Nationen offen stehen soll. Das hat man inzwischen vergessen. Die Amerikaner sagen, v.a. Präsident George Bush und seine Generäle, dass sie ungestörten Zugang zum Weltraum haben und gleichzeitig in der Lage sein wollen, anderen Nationen Zugang zum Raum zu verwehren.

In Polen und Tschechien geht es einerseits um die Stärkung der neugewonnenen Unabhängigkeit und um den Stolz auf das besondere Verhältnis zu den USA.

Hinzu kommen wirtschaftliche Interessen – es wird geschätzt, dass allein die Anlage der Silos der Hoch- und Tiefbauindustrie Milliarden Euro bringen wird.

In der Presse wurden als Gefahren die Spaltung Europas und der NATO genannt, die aber an sich schon so uneins ist, dass eine wirkliche Gefahr an anderer Stelle zu Suchen ist:

die Auswirkung auf die Abrüstungsverträge, v.a. auf den KSE-Vertrag, der Obergrenzen für das militärische Großgerät festlegt.

Der Vertrag ist nicht wegen der Obergrenzen so kritisch, die heute ohnehin fast niemand mehr erreicht, sondern gleichzeitig mit dem Vertrag ist ein Inspektionssystem eingerichtet worden, das außerordentlich zur Vertrauensbildung beigetragen hat.

Sie glauben gar nicht, was es für Militärs bedeutet, wenn sie plötzlich mit dem Gegner zusammen bei einem Bier sitzen und auf einmal die Welt mit anderen Augen sehen und erkennen: das auf der anderen Seite sind auch Menschen. So wie Du und ich.

Die größte Gefahr ist, knappe Ressourcen gegen eine diffuse Bedrohung einzusetzen, so dass dann das Geld an andere Stelle fehlt.

Eine weitere Gefahr ist, dass das Projekt zu einer Krise zwischen Russland und den USA geführt hat, wie an der Suspendierung bestimmter Verträge, oder der Drohung, Verträge demnächst zu kündigen, abgelesen werden kann.

Besonders beunruhigend ist die Wiederaufnahme der Bomberpatrouillen mit Nuklearwaffen über dem Atlantik – eine Praxis des kalten Krieges, die wir zehn Jahre lang glaubten, überwunden zu haben. Das Ganze fängt man nun wieder an, ein erneutes virtuelles Muskelspiel zwischen Russland und Amerika.

Dennoch ist ein Ende der Bedrohung absehbar, da inzwischen auch der Iran und Nordkorea beginnen, einzulenken. Die technischen Probleme liegen nach wie vor schon bei den Tests, die nach wie vor nur unter vorgegebenen Bedingungen erfolgreich verlaufen. Das ist, als befestige man ein Jagdgewehr in einem Schraubstock, führe dann das Reh an der Leine vor den Lauf hin und dann sagt man: Treffer! Und freut sich gewaltig.

Nach dem Regierungswechsel in Polen herrschen dort deutlich andere Töne. Tusk spielt auf Zeit und die Zeit hat schon viele Raketenprojekte wie z.B. SDI, Skygard u.a. im schwarzen Loch versenkt. Dies gibt also Hoffnung.

Adele Jureckova, Vorstandsmitglied der tschechischen Initiative „Nein zu den Militärbasen“, studiert an der Universität Passau und an der Karls-Universität und ist Praktikantin bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Prag.

Ich bin vor allem hier, um die Initiative „Nein zu den Militärbasen“, „Ne zakladnam“ vorzustellen. Unsere Initiative besteht aus 60 Organisationen, vielen bekannten Persönlichkeiten und einer großen Anzahl an engagierten einzelnen, die ein gemeinsames Ziel verbindet: der Kampf den Bau des Us- amerikanischen Radars auf dem Gebiet der tschechischen Republik.

Zum ersten Mal seit der Wende 1989 hat sich eine Bürgerbewegung einer solchen Größe und Intensität in der tschechischen Republik entwickelt, trotz aller Bemühungen der Regierung, uns als Kommunisten ab zu werten, oder uns einfach tot zu schweigen.

Die Politische Situation in der tschechischen Republik:

Die Verhandlungen über den Bau haben bereits im Jahr 1999 unter der sozialdemokratischen Regierung begonnen und wurden ohne Wissen der Bevölkerung und sogar der meisten Politiker fort geführt.

Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2006 entstand eine Pattsituation, die eine sechsmonatige Regierungslosigkeit zur Folge hatte. Schließlich wurde aus den Wirtschaftsliberalen, den Christdemokraten und den Grünen eine sehr instabile Regierung gebildet.

Schon am ersten Tag nach ihrer Entstehung kündigte die neue Regierung die Verhandlungen mit den USA über den Bau der Basis an. Dies war die Geburtsstunde der Antibasenbewegung in Tschechien.

Gleich nach der Ankündigung hat die Initiative eine große Demonstration organisiert und die Parlamentarische Opposition, also die Sozialdemokraten und die Kommunisten haben sich ebenfalls gegen den Bau der Basis ausgesprochen.

In der betroffenen Region Brdy, wo die Basis gebaut werden soll, ist die Bewegung besonders stark geworden, v.a. durch die sogenannte „Bürgermeisterliga“, deren Sprecher inzwischen zum Alptraum der Regierung geworden ist.

Die Regierung versucht auf verschiedenen Wegen, die Bevölkerung von der Nützlichkeit der amerikanischen Radarbasis zu überzeugen. Ihre Argumente sind aber größtenteils ideologisch, blind pro-amerikanisch oder demagogisch. Wichtige Fakten werden unter den Teppich gekehrt. So behauptet die Regierung, die tschechische Republik sollte auf die Wünsche seines militärisch stärksten Partners eingehen, wozu sie auch durch die Mitgliedschaft bei der NATO verpflichtet sei, was einfach nicht stimmt.

Manche Politiker gehen so weit, zu sagen, dass die Anwesenheit von amerikanischen Truppen die Demokratie im Land untermauern würde. Außerdem wurde immer argumentiert, dass der Iran eine Bedrohung für Europa, und damit auch für die tschechische Republik darstellt.

Nachdem die amerikanischen Geheimdienste ihren Bericht veröffentlicht haben, demzufolge der Iran im Jahr 2003 sein Atomprogramm stillgelegt hat, hat man gemerkt, wie die Regierung nun krampfhaft versucht, diese Nachricht zu ignorieren, um das Feindbild aufrecht zu erhalten.

Der Regierungsvorsitzende Marek Topolánek sagte: „Sich der geopolitischen Einflußsphäre Russlands zu entziehen, das ist der wahre Grund, warum bei uns die Basis stehen sollte. Allein deswegen lohnt es sich, die Regierung am Leben zu erhalten.“

Auch der Außenminister Karel Schwarzenberg hätte nichts dagegen, sich in dieser Weise vor Russland abzusichern. Aber auf das Versprechen der amerikanischen Administration an den russischen Präsidenten Putin, dass auch russische Soldaten an der Basis stationiert sein könnten, haben die Regierungspolitiker mit einer großen Verlegenheit reagiert.

Schließlich behauptet die Regierung, die Station könnte Europa schützen und stellt keine Gefahr für die Bevölkerung dar.

Als offensichtlich wurde, dass es der Regierung nicht gelingt, durch ihre Argumentation der Bevölkerung die Basis schmackhaft zu machen, kam die Regierung auf die Idee, einen Profi-Lobbyisten einzustellen, der die vermeintlich objektive Informationskampagne über die Basis leiten sollte. Die Millionen Kronen an Steuergeldern, die für diese Kampagne ausgegeben wurden, scheinen aber ins schwarze Loch geflossen zu sein. Trotz all der Lobbyarbeit hat sich die Anzahl der Gegner der Radarstation weiter erhöht und liegt jetzt bei 70%.

Die Bürgerinitiative

Sie entstand spontan im Jahre 2006 und unser Kampf gegen die Radarstation dauert nun schon über ein Jahr. In der Zeit ist es uns gelungen, die einseitige öffentliche Diskussion um neue Argumente zu bereichern.

Wir haben an mehreren Fronten gekämpft. Eine davon war die Forderung des landesweiten Referendums, damit die Bürger selbst entscheiden können, ob sie der Basis positiv oder ablehnend gegenüber stehen.

Keine der politischen Parteien hat ein demokratisches Mandat, um einer Militärstation eines anderen Landes auf tschechischem Gebiet grünes Licht zu geben.

Die Politiker sagen, dass die Frage nach einem Referendum nicht gerechtfertigt sei, da Fragen der

Verteidigung nie vom Volk, sondern immer von Politikern entschieden werden und dass die Bürger keine Militärexperten seien. Außerdem würden dort Fakten behandelt, die nicht öffentlich diskutiert werden könnten, da sie unter dem Militäргеheimnis stünden. Daher sei ein Referendum nicht sinnvoll.

Eine andere Form unserer Aktivitäten sind Demonstrationen, öffentliche Diskussionsrunden, Konferenzen, Happenings und Veröffentlichungen von Artikeln und Presseberichten. Als Folge der breiten Öffentlichkeitswirkung dieser Aktivitäten hat sich unsere Initiative in die verschiedenen Regionen Tschechiens ausgebreitet. Nun gibt es in jeder Region mindestens eine Regionalgruppe. Wir haben auch Unterstützer in den meisten Ländern Europas und sogar in den USA.

Gemeinsam mit der Bürgermeisterliga haben wir eine internationale Konferenz in Brdy veranstaltet, an der viele Friedensorganisationen aus der ganzen Welt teilgenommen haben.

Am 17. November, dem Tag der Proteste der Bürger für Freiheit und Demokratie im Jahr 1989 haben wir eine große Demonstration für die Demokratie und das Referendum mit vielen bekannten Persönlichkeiten, Dissidenten veranstaltet.

Wir haben immer versucht, rationale Fakten und Argumente in die Diskussion über die Basis ein zu bringen. Es gibt eine ganze Reihe solcher Argumente gegen die Basis, einschließlich ihrer schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit der Einwohner in den umliegenden Gemeinden und auf die Umwelt.

Für uns sind vor allem drei Argumentationsstränge besonders wichtig: der erste könnte als das demokratische Argument bezeichnet werden: die Installierung einer fremden Militärbasis in unserem Lande gegen den Willen der Mehrheit unserer Bürger ist einfach undemokratisch. Unsere Regierung hat wiederholt demokratische Prinzipien verletzt, als sie versuchte, das Projekt um jeden Preis durch zu drücken.

Die zweite Argumentationslinie hat mit der Souveränität des Landes zu tun.

Wir wollen nicht zum Werkzeug der US-amerikanischen Globalpolitik werden, die sich gerade unter der jetzigen Administration sehr fraglicher Ziele und Methoden bedient. Wir wollen nicht riskieren, dass wir die Folgen dieser aggressiven Politik tragen müssen, ohne dass wir bei ihrer Gestaltung mitreden konnten. Und wir wollen nicht wieder fremde Truppen im Land haben.

Der dritte Argumentationsstrang ist globalpolitisch.

Die Basis würde dabei helfen eine neue und unnötige globale Spannung zu schaffen. Schon allein bei den Gesprächen über den Bau sind wir ja Zeugen einer Entstehung von Spannungen zwischen Russland und den USA geworden. Und es ist gegen die Interessen der tschechischen Republik, Europas und der ganzen Welt, eine Globalkonfrontation entstehen zu lassen.

Schlagwörter wie „Schurkenstaaten“ oder „Kampf der Kulturen“ bereiten dieser Konfrontation den Weg.

Die Protestbewegung in der tschechischen Republik wird weiter versuchen, ihren Beitrag dagegen zu leisten und den Bau der Radarbasis zu verhindern. Wir freuen uns über mediale Präsenz im Ausland, weil unsere Medien sehr einseitig berichten und unsere Argumente und Aktionen weitgehend ausblenden.

Internationale Kontakte sind für uns von großer Bedeutung, weil sie uns ermöglichen, neue Perspektiven und Zusammenhänge zu entdecken, die zur Bereicherung der Diskussion in unserem Land beitragen. Mit unseren ausländischen Kollegen verbindet uns der gemeinsame Kampf gegen Rüstung und Gewalt und ich hoffe, dass wir gemeinsam eine Chance haben, zu gewinnen.